



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 18. Juni 2013

P130388

Nachrichtendienstgesetz: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an den Nachrichtendienst des Bundes.

Begründung

Der Regierungsrat begrüsst die Schaffung einer einheitlichen formell-gesetzlichen Grundlage für den zivilen Nachrichtendienst des Bundes. Er vertritt allerdings die Meinung, dass in einem ersten Schritt Volk und Ständen ein Verfassungsartikel vorzulegen ist, der dem Nachrichtendienst grundsätzlich die Legitimation gibt. Das in der Vorlage vorgeschlagene „Kontrollregime“ sieht zwar ein dichtes Netz an Kontroll- und Aufsichtsinstanzen vor, genügt aber im sensiblen Bereich der Tätigkeit des Nachrichtendienstes letztlich nicht den Anforderungen an eine unabhängige, wirksame und im Vergleich zu heute gestärkte Aufsicht. In diesem Zusammenhang wird auch der Ausschluss der kantonalen parlamentarischen Oberaufsicht ausdrücklich kritisiert. Der Regierungsrat geht in finanzieller Hinsicht davon aus, dass der Bund für sämtliche personellen und technischen Aufwendungen aufzukommen hat.

